Beginn: 8:02 Uhr

Präsident André Kuper: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße Sie alle sehr herzlich und heiße Sie willkommen zur 38. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

In meine Grüße beziehe ich ein: die Besucherinnen und Besucher auf der Zuschauertribüne, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **19 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Damit sind wir schon bei:

1 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

Ich eröffne die Aussprache, und der erste Redner ist schon fast am Redepult, unser Kollege Dr. Ralf Nolten.

(Beifall von allen Fraktionen)

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bund-Land-Bericht, Rio-Deklaration 1992, Nachhaltigkeitsdreieck, Agenda 21 – seit nunmehr über 30 Jahren steht der Begriff der Nachhaltigkeit am Anfang und im Zentrum vieler politischer Prozesse. Waren wir zu Beginn noch sehr im „Global-Galaktischen“ unterwegs, so liegt der Fokus mittlerweile eindeutig auf der Operationalisierung.

Auch die Agenda 2030 mit ihren 17 Sustainable Development Goals ist hierfür ein Beleg: konkrete mittelfristige Ziele, messbare Indikatoren für alle Ebenen – von der nationalen bis zur kommunalen. So kann ich auf dem SDG-Portal für meine Heimatgemeinde im Detail feststellen, wo wir in der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele bezüglich Armut, Bildung, Gesundheit usw. stehen.

Anlässlich der Halbzeitbilanz, die während der UN-Vollversammlung Mitte September in New York gezogen werden soll, finden zurzeit viele Aktionen und Veranstaltungen statt. Dank gebührt den vielen, vielen Menschen, die tagtäglich beharrlich an der Umsetzung von kleinen Schritten arbeiten. Jeder einzelne, jede Institution, jede Organisation – ob staatlich oder privat –, hat seinen Beitrag zu leisten. Das gilt auch für unsere Landesverwaltung.

Vor zweieinhalb Jahren hat die Landesregierung die weiterentwickelte Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen mit dem Ziel: „Nachhaltige Landesverwaltung 2030“. Die Landesverwaltung mit ihren über 500 Einrichtungen und 160.000 Beschäftigten hat viele Möglichkeiten, die unter anderem bei der nachhaltigen Beschaffung, der Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Unterhaltung der Gebäude oder durch ressourcenschonende Veranstaltungen noch konsequenter genutzt werden können.

In diesem Sinne hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW die Rolle als Modellbehörde übernommen und im Rahmen des Modellprojekts „Nachhaltige Verwaltung der Zukunft“ ein Gesamtkonzept erarbeitet.

In der Beschaffungspraxis kann das Land als Vorbild noch stärker vorangehen. Im Sinne des Lead-Buyer-Ansatzes ist das notwendige Wissen in der Landesverwaltung durch praxisnahe Leitfäden, digitale Tools, Fortbildungs- und Beratungsangebote ressortübergreifend zu vermitteln.

Die aktuelle Vergabestatistik des Bundeswirtschaftsministeriums führt aus, dass auf der Länderebene nur bei 19 % der Vergaben Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt wurden. Beim überwiegenden Teil der Vergaben wird immer noch alleine nach dem Preis als Zuschlagkriterium vergeben. Die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigenden Vergaben machen 60 % des gesamten Auftragsvolumens aus – ein deutlicher Hinweis, dass es sich vor allem um Bauaufträge handelt. Liefer- und Dienstleistungsaufträge sind demgegenüber seltener mit qualitativen oder gar quantitativen Nachhaltigkeitsvorgaben versehen.

Ziel des Landes sollte es auch sein, die Kommunen und die Bezirksregierungen bei einem ambitionierten Nachhaltigkeitsmanagement zu unterstützen. Dies kann durch die Schaffung und Intensivierung von Beratungsangeboten wie den Kommunalen Nachhaltigkeitstagungen oder dem Dialog „Nachhaltige Kommunen NRW“ gelingen. Aber auch Heimat-Preis, Umweltcheck und andere Förderprogramme setzen hier wichtige Impulse.

In NRW erfolgt zwar – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – bereits eine Nachhaltigkeitsprüfung der Gesetzentwürfe. Die sollte zu einem wirkungsvollen Nachhaltigkeitscheck ausgebaut werden, der sich in die weitere Gesetzesfolgenabschätzung einfügt. Helfen könnte eine dezidierte Dokumentation der Datengrundlage und Lagebeurteilung bei den durchgeführten Nachhaltigkeitsprüfungen im Gesetzesverfahren.

Es ist zumeist nicht erkennbar, ob diese Prüfungen zur Anpassung der Gesetzestexte oder Begründungen geführt haben. Ohne eine transparent Operationalisierung aber ist weder ein Lernen im Prozess noch ein Nachsteuern möglich. Die rechtliche Basierung einzig auf der gemeinsamen Geschäftsordnung

der Ministerien und der Konkretisierung im Leitfaden des Innenministeriums ist hinsichtlich ihrer Effizienz im Auge zu behalten.

Nordrhein-Westfalen ist ein bevölkerungsreiches Land mit einer großen kulturellen Vielfalt, unzähligen Migrationserfahrungen, ein industriell geprägtes Land mit zahllosen wirtschaftlichen Verflechtungen und einem hohen Exportanteil in der Produktion, ein Bildungsland, ein Ressourcenland mit vielfältigen Landschaften, mit einem reichen Schatz an Wasser, Böden, Biodiversität. Deswegen sollten wir alle diejenigen unterstützen, die mit uns auf einem Weg in eine lebenswerte Zukunft sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Nolten. – Für die Grünen spricht nun ihr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Schönen guten Morgen! Am 25. September 2015 wurden in New York die globalen Nachhaltigkeitsziele verabschiedet: 17 Ziele, die unter anderem Armut und Hunger beenden, die die Bewahrung und nachhaltige Entwicklung unserer Lebensgrundlagen und damit dem Schutz und den Chancen jetziger und vor allem kommender Generationen dienen sollen.

Die Bundesregierung und das Land NRW haben die Umsetzung ebenfalls beschlossen – Kollege Nolten hat das gerade schon geschildert –, um bis zum Jahre 2030 die Ziele zu erreichen.

Nun, zur Halbzeit und nur noch siebeneinhalb Jahre vor Erreichen der Zielmarke, beschäftigen wir uns hier und heute im Landtag NRW wieder mit dieser Thematik. Das ist gut und richtig und auch absolut notwendig.

Gestern veröffentlichten Terre des Hommes und die Deutsche Welthungerhilfe ihren Bericht „Kompass 2023“, in dem sie zu dem Schluss kommen, dass das Erreichen der 17 UN-Ziele auf globaler Ebene in immer weitere Ferne rückt. Auch die Bundesregierung konstatiert, dass die internationale Gemeinschaft nicht den Fortschritt verzeichnen kann, den sie sich bei der Verabschiedung der Agenda 2030 erhofft habe.

Daher gilt es – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten die Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze –, „unsere Anstrengungen weiter zu verstärken und unser politisches Engagement weiter auszubauen“.

Schauen wir nach NRW. Schon einiges wurde hier in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht. Doch auch hier kommt das Wuppertal Institut im „Nachhaltigkeitsradar 2022“ zu dem Schluss, dass es neben einer Umsetzungslücke im Hinblick auf die festgelegten Ziele auch noch eine Ambitionslücke gibt. Das meint: Wollen wir die ökologischen – und ich ergänze: auch die sozialen – Notwendigkeiten erreichen, müssen wir unsere Ziele und folglich auch unsere Handlungen stark nachsteuern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Um es vorweg zu sagen: Es geht nicht darum, Verzicht zu predigen, wie es uns einige schon einmal vorwerfen, sondern wir wollen mit Freude die Zukunft NRWs nachhaltig gestalten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nachhaltige Gestaltung bedeutet eine enkeltaugliche Wirtschaft, eine Kreislaufwirtschaft und natürlich auch technische Innovationen. Nachhaltige Gestaltung bedeutet dabei auch regionale Produktion – im besten Fall mit nachwachsenden oder recycelten Rohstoffen.

Nachhaltig gestalten bedeutet biodiversitätsfreundliche, möglichst ökologische Landwirtschaft. Und es geht natürlich auch um die Reduktion klimaschädlicher CO_2-Emissionen und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, um ein Leben innerhalb planetarer Grenzen, um ein gutes Leben für alle Menschen.

Zitat: Nachhalt ist das, woran man sich hält, wenn alles andere nicht mehr hält. – So lautet die Definition im Wörterbuch der deutschen Sprache von Joachim Heinrich Campe von 1807. „Nachhalt“ bzw. „Nachhaltigkeit“ lässt sich hier als Gegenbegriff zu „Kollaps“ lesen.

Auch der Club of Rome brachte 1972 dieses Ansinnen nach vorne: Sustainable Development – gegen einen plötzlichen und unkontrollierten Kollaps gefeit und fähig, die materiellen Grundansprüche der Menschen zu befriedigen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag stützen wir genau diesen Ansatz. Kollege Nolten hat es gerade schon im Detail geschildert. Wir wollen als Land ein gutes Vorbild sein und vorangehen: mit der Fortschreibung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und indem wir bessere Umsetzungsstrukturen schaffen, um die Verbindlichkeit im konkreten Regierungshandeln zu erhöhen; mit einer nachhaltigen Landesverwaltung bis 2030 und einer Beschaffung, bei der es nicht nur um Zahlen, sondern auch um soziale und ökologische Kriterien geht; mit mehr Beteiligung junger Menschen, um deren Zukunft es schließlich vor allem geht; mit Nachhaltigkeitskriterien in Förderfonds und Strukturfonds; durch die weitere Unterstützung und Beratung der Kommunen hin zu mehr Nachhaltigkeit – viele von ihnen haben sich ja schon auf den Weg gemacht –; mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger in Genossenschaften und Gemeinwohlinitiativen.

Let's make the World a better Place – am besten gemeinsam hier und heute für eine lebenswerte Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger. Dazu können und wollen wir mit unserem Handeln in NRW beitragen, und zwar – ich zitiere noch einmal – „nicht als Sahnehäubchen auf dem Kuchen einer Überflussgesellschaft, sondern als Schwarzbrot einer ökologischen Lebenskunst." – So der Journalist und Publizist Ulrich Grober in einem Essay von 2010.

Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen in den Ausschüssen und stimmen der Überweisung selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Kaiser. – Für die SPD spricht die Abgeordnete Frau Blask.

Inge Blask*) (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sage und schreibe 51-mal schaffen es die antragstellenden Fraktionen, in ihren dreiseitigen Text den Wortbaustein „nachhaltig" unterzubringen. In 51 Varianten wollen Sie uns mit diesem Antrag klarmachen, dass wir nun aber wirklich einmal ernst damit machen müssen, die globalen Nachhaltigkeitsziele in NRW umzusetzen, wie es so schön im Titel heißt.

Nun, meine Damen und Herren, das sehen wir ganz ähnlich. Deswegen haben wir bereits in der letzten Legislatur mehrfach hier und im Ausschuss darauf gepocht, den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes detailliert offenzulegen.

Das beste Instrument, um den Erfolg von Nachhaltigkeitszielen und -strategien zu überprüfen, sind die 17 UN-Ziele, die sogenannten SDGs. Diese Nachhaltigkeitsziele sind in Ihrem Antrag jedoch nur zweimal erwähnt – nur, um zu veranschaulichen, wie voll man das berühmte – in Anführungsstrichen – Phrasenschwein mit einem einzigen Antrag machen kann.

Lassen Sie uns einmal beispielhaft entlang einiger der 17 UN-Ziele hangeln und sehen, wie es um die Umsetzung in NRW steht.

SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen": Eine gute Gesundheitsversorgung hängt in NRW besonders stark vom Geldbeutel und von der Postleitzahl ab. In vielen Regionen in Nordrhein-Westfalen gibt es für die Menschen ortsnah schlicht keine Krankenhäuser mehr, die umfassende Behandlungen anbieten.

Verbinden wir einmal die Nachhaltigkeitsziele SDG 3 „Gesundheit" und SDG 5 „Geschlechtergerechtigkeit" miteinander: Für Frauen und Mädchen wird es immer schwieriger, einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, weil es in Nordrhein-Westfalen immer weniger Ärztinnen gibt, die einen solchen vornehmen. So gibt es laut BZgA in ganz Nordrhein-Westfalen aktuell nur 37 Kliniken, die einen Schwangerschaftsabbruch anbieten. Das Stadt-Land-Gefälle ist dabei eklatant. Allein in Düsseldorf gibt es fünf Einrichtungen, im gesamten Postleitzahlenbereich 4 hingegen nur zwei.

Wenn also eine junge Frau im Gebiet um Minden, die ungewollt schwanger ist, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen will, muss sie dafür entweder nach Bielefeld oder nach Hannover fahren. Beides sind Strecken von über 50 km, und beides sind Städte, in denen sie sich vielleicht gar nicht auskennt.

Weiter geht es mit dem SDG 4 „Hochwertige Bildung": Es fehlen 8.000 Lehrkräfte, über 100.000 Kitaplätze und 200.000 OGS-Plätze. Dafür gibt es einen Unterrichtausfall ohne Ende, und die Bildungsausgaben pro Kopf liegen ca. 1.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt, meine Damen und Herren.

Schauen wir weiter zu den SDGs 6, 13 und 14 „Sauberes Wasser", „Maßnahmen zum Klimaschutz", „Leben unter Wasser": Es reicht ein Blick aus Ihrem Bürofenster auf den Rhein, um zu sehen, wie es um den Zustand unserer Gewässer bestellt ist.

(Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE]: Genau!)

Die Konflikte um Wasser, zwischen Natur- und Artenschutz, um industrielle Entnahmen und landwirtschaftliche Nutzung spitzen sich immer weiter zu. Dazu wird noch die Einleitung aus Flüssen für die Tagebaurestseen kommen. Eine umfassende Wasserstrategie der Landesregierung, um diese Interessen und Konflikte zu moderieren: Fehlanzeige, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn wir die einzelnen SDGs beispielhaft in den Blick nehmen, stellt sich ganz schnell heraus, wie weit wir bei der Erfüllung der Ziele der Agenda 2030 hinterher sind.

Mit Ihrem Antrag rufen Sie, meine Damen und Herren, die Halbzeit für diese Agenda auf. Wenn eine Fußballmannschaft in der Halbzeit 0:4 zurückliegt, wird der Trainer in der Kabine seiner Mannschaft sicher nicht sagen: Ihr seid super, weiter so!

(Beifall von der SPD – Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE]: Ich habe auch Ihre Ministerin zitiert!)

Genau so liest sich aber der Forderungsteil Ihres Antrags, meine Damen und Herren.

In Ihrem Antrag ist von fortschreiben, ergänzen, ausbauen und verstetigen die Rede. Aber was soll denn fortgeschrieben werden? Gab es eine Stärken-Schwächen-Analyse? Welche Maßnahmen haben sich bewährt? Welche Maßnahmen müssen neu entwickelt werden? Das alles sind Fragen, auf die Ihr Antrag keine Antworten gibt.

Einmal ganz im Ernst, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir uns an den Zielen der globalen Agenda 2030 messen, dann erleben wir gerade eine Klatsche vom Ausmaß des brasilianischen WM-Halbfinales 2014. Sie wollen uns aber allen Ernstes weismachen, wir müssten nur an ein paar Schräubchen drehen, und sonst würde das alles passen. Das ist uns zu wenig.

Wir fordern von der Landesregierung eine offene und schonungslose Halbzeitbilanz. Weiterhin muss die Landesregierung konkrete Ziele und Maßnahmen liefern, die sie bis 2030 abarbeiten will. Wenn sie das nicht macht, bleibt dieser Antrag ein Sammelsurium von Unbestimmtheiten.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss und stimmen der Überweisung des Antrags heute gerne zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Es gibt eine Kurzintervention aus den Reihen der Grünen. Der Abgeordnete Mostofizadeh hat jetzt das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh[*)] (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mir das an der Stelle jetzt wirklich nicht verkneifen:

(Kirsten Stich [SPD]: Oh!)

Erstens. Die Kollegin Blask hat jetzt allen Ernstes die Problematik der Restseen bei der Braunkohle vorgetragen. Diese Fraktion, die Partei der SPD, der größte Kohlefan des vergangenen Jahrhunderts, erzählt uns an dieser Stelle allen Ernstes, dass wir Probleme mit den Restseen bei der Braunkohle haben? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD, der FDP und der AfD – Glocke)

Zweitens. Wenn die gleiche Fraktion an der Stelle offensichtlich Probleme mit den Entfernungen zu den Krankenhäusern hat, bedeutet das im Umkehrschluss, dass wir mit Krankenhäusern zusätzliche CO_2-Bomben bauen müssten, um die Wege zu verkürzen. Nehmen Sie sich eigentlich wirklich ernst bei dem, was Sie hier vortragen? Es ist angesagt, nicht zu mäkeln, sondern es muss konkrete Vorschläge geben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Frau Kollegin Blask, Sie haben jetzt die Gelegenheit zu einer Stellungnahme.

Inge Blask[*)] (SPD): Ich antworte an dieser Stelle sehr gerne. Wir haben die Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen unter einer rot-grünen Landesregierung bestimmt. Wir sind dabei einen gemeinsamen Weg gegangen und brauchen uns an der Stelle nichts vorzuwerfen. Das möchte ich noch einmal deutlich feststellen.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Blask. – Für die FDP spricht nur ihr Abgeordneter Herr Brockes.

Dietmar Brockes[*)] (FDP): Guten Morgen! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mostofizadeh, es ist schon interessant, dass gerade Sie der SPD vorwerfen, die Braunkohlepartei zu sein,

(Beifall von der FDP und der SPD)

weil doch Sie in Ihrer Regierungszeit mit der SPD Garzweiler auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der FDP)

Welcher Minister in Bund und Land hat jetzt die Braunkohlekraftwerke wieder ans Netz genommen, statt auf die Kernenergie zu setzen?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ruhig, Herr Brockes!)

Das waren auch die Grünen.

(Zuruf von der FDP)

Denken Sie deshalb bitte daran: Wenn Sie mit einem Finger auf die SPD zeigen, dann zeigen mindestens drei Finger auf Sie selbst.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der FDP, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE] – Glocke)

– Die Diskussion ist jetzt ambitionierter als der Antrag von Grünen und CDU. Im Antrag wird zwar geschrieben, wie wichtig eine ambitionierte Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie ist, aber im Beschlussteil fehlen Vorschläge für eine konkrete Umsetzung. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll um neue Instrumente ergänzt werden. Gut. Aber welche sind das, Herr Dr. Kaiser? Davon steht nichts in Ihrem Antrag.

Die schwarz-grünen Regierungsfraktionen setzen mit diesem Antrag für die Fortentwicklung der Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen keine neuen Impulse.

Die Bildungszentren für nachhaltige Entwicklung leisten aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung von Wissen über Klimawandel, Umwelt und Entwicklung und den nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Im Antrag wird die Arbeit im Bereich BNE gewürdigt, doch im Forderungsteil tauchen Maßnahmen zur Stärkung von BNE gar nicht erst auf. Dabei ist genau hier aus unserer Sicht der Hebel, wo man ansetzen könnte, um den Nachhaltigkeitszielen der UN näher zu kommen.

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung. Als Freie Demokraten konnten wir in Regierungsverantwortung die Aktivitäten im Bereich BNE steigern. Das BNE-Landesnetzwerk ist seit 2017 mit anfangs 20 BNE-Regionalzentren auf 25 im Jahr 2021 erhöht worden. Im Jahr 2020 haben wir Liberale in Regierungsverantwortung eine aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Gerade die Grünen haben sich in der letzten Legislaturperiode immer darüber aufgeregt, wenn diese Förderung recht breit angelegt war. Ihr Tenor war damals immer: Dann können wir es ja gleich mit der Förderung lassen, wenn es nicht zielgenau ist. – Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Wo ist Ihre Zielgenauigkeit in diesem Antrag?

Der gesamte Antrag – das hat die Kollegin Frau Blask schon gesagt –besteht nur aus Prüfaufträgen. Es solle unterstützt, geprüft, fortgeschrieben, gestärkt werden. Er ist daher mehr Schein als Sein. Wir stimmen zwar der Überweisung zu, aber ich glaube nicht, dass wir auf dieser Basis den Antrag weiterentwickeln.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage der Kollegin Aymaz. Oder war das ein Versehen?

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ok, alles klar.

Dietmar Brockes*) (FDP): Bitte.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Dr. Kaiser hat das Wort.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Kollege Brockes, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade auf die BNE-Zentren und deren Bedeutung hingewiesen und mit Blick auf den Antrag gesagt, dass keine Operationalisierung vorgesehen ist. Ist Ihnen denn schon aufgefallen, dass im derzeitigen Haushalt 2023 mehr Gelder zur Verfügung gestellt wurden, um den Ausbau der wertvollen BNE-Zentren umzusetzen?

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dietmar Brockes*) (FDP): Dann frage ich mich, Herr Dr. Kaiser: Warum bringen Sie das nicht ein, dass die ausgebaut werden? Dann hätte ich das gerne in dem Antrag gelesen.

Meine Damen und Herren, ich war bereits am Ende der Rede. Wir stimmen der Überweisung zu, aber wir sehen wenig Potenzial in diesem Antrag. Er ist nicht zielgenau, und genau das wäre für uns wichtig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Nachhaltigkeit – alles und jeder schmückt sich heute mit diesem Wort. Und wenn es um Beliebigkeit geht, kann natürlich auch die CDU mit ihren grünen Stallmeistern nicht weit sein. Wenn es einen Begriff gibt, bei dem von vorneherein feststeht, dass er in der neuesten Marketingstrategie auftauchen muss, dann ist es „Nachhaltigkeit“.

Alles ist nachhaltig, umweltfreundlich und hat eine gute Klimabilanz – zumindest dann, wenn man den Werbesprüchen der PR-Agenturen Glauben schenkt. Man will sein grünes Gewissen beruhigen und einen Beitrag zur Umweltrettung per nachhaltigem Verhalten leisten. Alles, was Umweltbelastung bedeuten könnte, wird nachträglich mit eigens dafür geschaffener Zertifizierung zur Nachhaltigkeit aufetikettiert. „Green Washing“ dominiert die Markenwelt und soll jetzt auch die oberste Direktive politischen Handelns werden.

Das Einfallstor für diese Entwicklung öffnete die Wiederentdeckung des forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsbegriffs Ende der 80er-Jahre. Doch wer meint, die Umweltprobleme der Industrie- und Konsumgesellschaft über den Markt lösen zu können, wird feststellen, dass der Markt darauf reagiert, indem er die Nachfrage durch ökologisches Branding steigert. So ist es möglich, dass Ölkonzerne ganz unironisch Nachhaltigkeitsberichte für jedes Geschäftsjahr verfassen, indem sie sich an die Spitze der globalistischen Nachhaltigkeitsbewegung stellen.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist ein reiner Etikettenschwindel, genauso, wie grünes Wachstum ein neoliberales Märchen ist, mit dem Globalisten und selbsternannte Weltbürger alle gewachsenen Bindungen auflösen wollen, um ungehindert und weltweit Kapital, Waren und Arbeitskräfte hin und her zu schieben. Passenderweise stellte schon Herbert Gruhl fest: Die allerfixesten Unternehmen haben schon begriffen, dass man aus dem Umweltschutz ein neues Geschäft machen und ihn dabei unterlaufen kann.

Ungeachtet dessen, dass der Nachhaltigkeitsbegriff zur Leerformel und reinem Marketingvehikel verkommen ist, lohnt sich ein Blick auf seinen genuinen Gehalt: Wenn man die inflationäre und propagandistisch aufgeladene Verwendung ausklammert, dann bedeutet er, dass eine Entscheidung, die man trifft, nicht am nächsten Tag schon wieder revidiert werden muss und dass man heute schon an das Morgen denkt. Das hat mit der aktuellen Verwendung des Begriffs jedoch nur wenig zu tun.

So ist es auch mit einigen der 17 Nachhaltigkeitszielen der UN, zu denen Sie statt eines Nachhaltigkeitschecks vielleicht mal lieber einen Realitätscheck machen sollten. Zum Beispiel Punkt 5 „Geschlechtergerechtigkeit“: Wenn ich bei der Suche nach der richtigen Anrede in ein Minenfeld des Kulturkampfes gerate, ist das vieles, nur nicht nachhaltig. Oder Punkt 7 „bezahlbare Energie“: Deutschland als Spitzenreiter beim Strompreis unter den Industrieländern präsentiert sich da nur als ein Vorbild für die nachhaltige Selbstzerstörung seines Volkswohlstands.

(Beifall von der AfD)

Überhaupt widersprechen sich einige der sogenannten Nachhaltigkeitsziele, beispielsweise Punkt 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und Punkt 12 „nachhaltige Produktion und Konsum“. Im Namen des Klimaschutzes wird die Natur zerstört, nicht nur bei uns durch tonnenschwere Industrieanlagen in Wäldern oder auf dem Acker, sondern auch in den entlegensten Winkeln der Welt, wo seltene Erden im Raubbau aus dem Boden geholt werden. Am Ende von Produktion und Konsum bleiben giftige, nicht recycelbare Reste, die man wieder in den Löchern verscharrt, aus denen man ihre Komponenten einst gekratzt hat.

Bei Punkt 10 kommt der Kern der globalistischen Gleichmacherei in voller Trivialität hervor: weniger Ungleichheiten. Alle Unterschiede, alle Vielfalt der Welt soll für den feuchten Traum von Klaus Schwab und Soros auf stupide Gleichförmigkeit eingeebnet werden. Sie nutzen den Begriff der Nachhaltigkeit zum Green Washing ihrer globalistischen Agenda.

Bei der Agenda 2030 geht es für Sie nur noch um Verfahrensfragen: Wie können wir dem Bürger am besten verkaufen, was vorher eh schon auf globaler Ebene ausgekungelt wurde?

Alles steht längst fest. Es gilt lediglich, den Schein der demokratischen Fassade zu wahren und den Bürger mitzunehmen.

Mögliche Einwände sollen durch das Versprechen von mehr Partizipation in Genossenschaften und Gemeinwohlinitiativen sanft zerredet werden. Widerspruch gegen die globale Transformation ist aus diesen grünen Sowjets aber nicht zu erwarten.

Gibt es doch einmal Widerspruch, lassen Sie durch demokratisch nicht legitimierte Gremien von Hofwissenschaftlern die globalistische Transformation mit Pseudoexpertise rechtfertigen. Was man von der Expertise dieser Hofwissenschaft halten kann, haben wir in der Coronakrise mehr als genug gesehen.

Eine Pseudonachhaltigkeit als Etikettenschwindel und zur Rechtfertigung der globalistischen Transformation lehnen wir selbstverständlich ab. Der Überweisung in den Ausschuss stimmen wir natürlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Schalley. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Krischer.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zur Sache zurückkommen

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

und freue mich für die Landesregierung darüber, dass Nachhaltigkeit heute Thema in der Plenardebatte ist. Das Jahr 2023 markiert schließlich das Halbzeitjahr bei der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sind in unserer Gesellschaft Gott sei Dank – daran kann man wirklich nicht vorbeischauen – inzwischen weit verbreitet, allbekannt und in vielen Institutionen bewährt und repräsentiert. Damit gehören die SDGs zusammen mit dem Kyoto-Protokoll, dem Pariser Klimaschutzabkommen und dem Weltnaturabkommen von Montreal, das erst kürzlich geschlossen wurde, zu einer der zentralen Säulen des Multilateralismus auf unserem Planeten. In diesen Zeiten kann nicht genug wertgeschätzt werden, dass wir eine solche Basis haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zu Ehrlichkeit gehört aber auch – an der einen oder anderen Stelle sind durchaus Kritik und Selbstkritik angebracht –, festzuhalten, dass in den Zeiten der multiplen Krisen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, Nachhaltigkeitsziele zeitweise in den Hintergrund zu rücken drohten.

Genau deshalb ist es richtig, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag einbringen, um damit den Fokus darauf zu legen und die Wertschätzung deutlich zu machen. Denn am Ende bleiben uns nur noch gut sieben Jahre, um die Ziele zu erreichen und weiter voranzukommen. Deshalb ist es wichtig, hier daran zu arbeiten.

Weil es meines Erachtens eben nicht richtig dargestellt wurde, möchte ich eines klarstellen. Die Landesregierung berichtet selbstverständlich über die

Umsetzung und den Stand der Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das Indikatorenset ist im Internet jederzeit einsehbar und wird am 1. Juli von IT.NRW aktualisiert. Jeder, der möchte, kann sich das ständig ansehen. Darauf weise ich hin, um klarzustellen, dass das, was hier eben behauptet wurde, nicht stimmt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Landesregierung wird die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie fortschreiben. Im Moment sind wir dabei, das innerhalb der Landesregierung zu tun. Dieser Prozess wird 2024 abgeschlossen sein. Selbstverständlich wird es eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung und eine Konsultation aller relevanten Stakeholder geben.

Zu diesem Prozess gehört natürlich auch, dass der 2022 konstituierte Nachhaltigkeitsbeirat mitarbeitet und hier entsprechende Partizipation stattfindet. Das ist aus Sicht der Landesregierung eine absolute Selbstverständlichkeit.

Eine Selbstverständlichkeit ist auch, dass wir ausgehend von 2012 und dem Landesumweltamt als Modellbehörde die Entwicklung zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Verwaltung weiter vorantreiben. Inzwischen sind insgesamt 25 Behörden im ÖKOPROFIT®-Konvoi gefördert. Davon hat ein Großteil die Zertifizierung erhalten. Diesen Prozess werden wir als Landesregierung im Sinne der Vorbildfunktion selbstverständlich weiter betreiben.

Genauso unterstützen wir Kommunen bei einer nachhaltigen Entwicklung. Hier gibt es zahlreiche Projektförderungen. Im bundesweiten Kontext haben wir in Nordrhein-Westfalen auch eine ganze Reihe von Vorreiterprojekten und -kommunen. Darauf können wir stolz sein.

Das Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde gerade schon erwähnt. Ich möchte deutlich machen, dass diese Landesregierung so viel Geld für dieses Netzwerk zur Verfügung stellt wie bisher noch nie. Das zeigt unsere Wertschätzung für die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird.

Dazu gehört auch die Stiftung Umwelt und Entwicklung, die – auch das gehört zum Prozess – nachhaltige Entwicklung im bürgerschaftlichen Bereich vorantreibt. In den letzten Jahren sind rund 1.800 Projekte mit über 83 Millionen Euro gefördert worden. Das zeigt, wie die Landesregierung hier unterwegs ist.

Zum Abschluss: Nachhaltigkeit ist ein entscheidendes Thema für diese Landesregierung. Wir setzen da eine Priorität. Es ist im Sinne der Generationengerechtigkeit, der Einhaltung der planetaren Grenzen und der vielfältigen Herausforderungen, die zu meistern sind, ein Thema, dem sich jede Landesregierung und selbstverständlich auch diese stellen muss.

Deshalb freuen wir uns über diesen Antrag. Wir betrachten ihn als Unterstützung für unsere Arbeit, bei diesem Thema noch besser und engagierter werden zu können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Krischer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/4558 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Beschlussempfehlung? – Möchte sich jemand enthalten? – Dann ist diese **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen** worden. Der fraktionslose Abgeordnete hat an der Abstimmung teilgenommen.

Ich rufe auf:

2 Sozialen Klimaschutz voranbringen durch regelmäßige finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Windkraftausbau in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4591

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat für die SPD der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka*) (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist eigentlich Klimapolitik? Die Klimaneutralität ist das größte industriepolitische Projekt seit mehr als 100 Jahren. Es ist einerseits ein Technologieprojekt und andererseits ein gigantisches Infrastrukturprojekt. Aber für uns Sozialdemokaten ist es vor allem eines: ein Gerechtigkeitsprojekt. Es geht um die gerechte Verteilung von Lasten, aber auch um die gerechte Verteilung von zukünftigem Wohlstand.

Der Weg in die Klimaneutralität führt über Industrie- und Sozialpolitik. Deshalb müssen wir bei den Maßnahmen und Instrumenten im Klimaschutzbereich auch immer darauf achten, wer die Zeche zahlt und wer den Nutzen hat. Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen kann nicht auferlegt werden. Sie wird es